

## 10-Punkte-Sofortprogramm

### Weg vom Öl – Rein in die neuen Energien

6. September 2005

Das Ende des Erdöl-Zeitalters ist in Sicht. Angesichts der zunehmenden Gefahren durch die Klimaveränderung, aber auch angesichts der in die Höhe schnellenden Ölpreise und der daraus erwachsenden weltweiten Rezessionsgefahr müssen Alternativen schneller und konsequenter ausgebaut werden.

Bündnis 90/Die Grünen sind die einzige Partei, die seit jeher konsequent für eine neue Energiepolitik stehen, die uns weg vom Öl bringt. Und wir haben in unserer bisherigen Regierungszeit mit innovativen Gesetzen dafür gesorgt, dass die erneuerbaren Energien sich zu einer Erfolgsgeschichte für Deutschland entwickelt haben - zum Wohle von Umwelt und Arbeitsplätzen, die dadurch entstanden sind.

Die weltweite Nachfrage nach Erdöl nimmt dramatisch zu, während die verfügbaren Ölressourcen sinken - die Erdölförderung erreicht weltweit ihr Maximum, die Verfügbarkeit nimmt ab. Billiges Öl wird es nicht mehr geben. Die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft vom Erdöl ist besorgniserregend, insbesondere im Verkehrsbereich: über 90 Prozent aller Transporte in der EU hängen am Öltropf!

Wir wollen unsere Abhängigkeit vom Öl daher konsequent verringern. Das ist ökonomisch vernünftig und ökologisch ohne Alternative. Wir können unseren Ölverbrauch drosseln, in dem wir Erdöl durch nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energiequellen ersetzen und den Ressourcenverbrauch insgesamt reduzieren.

In der Gesellschaft, der Wirtschaft und bei allen anderen Parteien wird die Dimension der Herausforderung systematisch verdrängt. Die dauerhaft hohen und weiter steigenden Energiepreise bedeuten auch weit reichende soziale Belastungen. Schon heute sind die Heizkosten um 40 Prozent teurer als im Vorjahr.

Deutschland importiert jährlich Öl im Wert von fast 40 Milliarden €, Tendenz steigend. Wir wollen teure Ölimporte ersetzen durch Bioenergien aus der Landwirtschaft, Ingenieursverstand, Handwerksleistungen und moderne Technologien. Mit verbrauchsärmeren Autos, neuen Treib- und Brennstoffen, besserer Wärmedämmung und der Installation moderner Heizungsanlagen sorgen wir für Arbeit vor Ort und regionale Wertschöpfung.

Dazu bedarf es einer konzertierten Aktion von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbrauchern. Wir wollen nicht weiter hinnehmen, dass französische und japanische Autofabrikanten mit Umwelt- und Energiespartechnologien an der Spitze liegen und die deutschen Autobauer diese Entwicklungen regelmäßig verschlafen. Wir erwarten, dass sich die Automobilindustrie zur Produktion Sprit sparender Autos verpflichtet. Kurzfristig muss sie endlich ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um wenigstens ihr selbst gestecktes Ziel, die Senkung des Durchschnittsverbrauchs auf 5,6 l/100 km bis 2008 (entspricht 140 g CO<sub>2</sub> pro km), zu erreichen. Die Energiekonzerne warnen wir davor, im Windschatten der explodierenden Rohölpreise zusätzliche Monopolgewinne abzuschöpfen. Die Unternehmen müssen eine Mitverantwortung für die weltweite wirtschaftliche Entwicklung übernehmen. Auch die Verbraucherinformation muss intensiviert werden, damit sich jeder auf Grund klarer Informationen zum Energiesparen entscheiden kann.

Die teilweise Freigabe der nationalen Ölreserven durch die Bundesregierung ist ein Akt der internationalen Solidarität mit den Vereinigten Staaten, die unter den verheerenden Folgen des Hurrikans "Katrina" leiden. Für das Problem unserer zu hohen Abhängigkeit vom teuren und klimaschädlichen Erdöl ist dies aber keine Lösung.

Schwarz-Gelb ist unglaublich. In Zeiten hoher Benzinpreise präsentiert die Opposition regelmäßig mit dicken Krokodilstränen halbherzige Symbolpolitik. Die Wählerinnen und Wähler lassen sich von Merkel nicht für dumm verkaufen, die neuerdings populistisch die Senkung der Ökosteuer in Aussicht stellt, andererseits mit ihrer höheren Mehrwertsteuer den Sprit wieder verteuern will. Diese Form des Wahlkampfes an der Zapfsäule ist irreführend und dreist. Ebenso dumm ist es, alle Maßnahmen, die zur Verringerung der Erdölabhängigkeit führen, ob Erneuerbare Energien-Förderung oder Altbausanierung, in Frage zu

stellen. In ihrem Schwarzbuch Energie macht die Union deutlich, dass sie alles, was wir bereits auf den Weg gebracht haben, wieder rückgängig machen will.

Statt populistischer Placebos und Wahlkampf-Strohfeuer brauchen wir eine konsequente Strategie "Weg vom Öl". Die richtigen Antworten auf den hohen Ölpreis sind besser gedämmte Häuser, moderne Heizungstechnik, verbrauchsärmere Autos, alternative Antriebe und Kraftstoffe, ein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Erneuerbaren Energien. So können beispielsweise heute schon Holzpellets zum Heizen für den halben Heizölpreis eingesetzt werden. Ökologie, Entwicklung moderner Technik und neue Arbeitsplätze gehen hier Hand in Hand.

Unser Ziel bis 2020 heißt "4x25": Je ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs, der Stromversorgung, der Wärmenutzung und der heute noch petrochemisch produzierten Güter soll dann aus erneuerbaren Energiequellen und nachwachsenden Rohstoffen stammen. Während die Preise der konventionellen Energieträger dauerhaft steigen, werden die Erneuerbaren Energien immer billiger.

Vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Spritpreise und der Steigerungen der Heizkosten für diesen Winter schlagen wir ein **10-Punkte-Sofortprogramm Weg vom Öl** vor:

- 1. Neue Kraftstoffe vom Acker:** Wir wollen, dass EU-weit die Beimischung von Ethanol (zum Benzin) und Biodiesel (zum Diesel) von fünf Prozent auf zehn Prozent verdoppelt wird. Kurzfristig muss die Mineralölwirtschaft die erlaubten Maximalwerte der Beimischung von Ethanol zum Benzin voll ausschöpfen bzw. überhaupt damit beginnen, anderenfalls ist eine gesetzliche Verwendungsquote einzuführen.
- 2. CO<sub>2</sub>-Steuer statt KFZ-Steuer:** Verbrauchsarme Fahrzeuge sollen in Zukunft weniger Kfz-Steuern zahlen, Spritschlucker dagegen mehr. Grüne und ADAC schlagen das seit langem vor.
- 3. Spritpass für Autos:** Mit einer verständlichen Kennzeichnung analog zur Regelung bei Kühlschränken (Effizienzklassen A bis G) soll der Spritverbrauch eines Autos klar erkennbar sein und schon beim Kauf des Autos eine entscheidende Rolle spielen.
- 4. 5 Liter müssen bald zur Regel werden:** Wir setzen uns für EU-weite ambitionierte Verbrauchsgrenzwerte für Autos ein. Wenn die Automobilindustrie nicht selbst zu drastischen Reduktionen der Flottenverbräuche auf unter 5 l (entsprechend 120 g CO<sub>2</sub> pro km) bis 2012 kommt, muss sie für die CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten an anderer Stelle aufkommen. China, Japan und Kalifornien sind bereits auf diesem Weg.
- 5. Zukunftsfähige Autos:** Mit einem groß angelegtem Forschungs- und Markteinführungsprogramm wollen wir die Forschung und Entwicklung des Hybrid-Antriebs (Kombination aus Elektro- und Benzinmotors), des FlexFuel-Antriebs (Fahren mit 85 Prozent Ethanol), Pflanzenölmotoren, BTL-Kraftstoffe (synthetische Biokraftstoffe) und der Elektromobilität (z.B. Brennstoffzellentechnik) vorantreiben. Ihre Einführung soll verstärkt steuerlich gefördert werden.
- 6. Verbrauchsarme Nutzfahrzeuge fördern:** Über eine stärkere Differenzierung der Mautsätze müssen verbrauchsarme LKW gefördert werden. Für den Lieferverkehr in den Städten wollen wir die Anschaffung moderner verbrauchsarmer und sauberer Fahrzeuge, z.B. Gasfahrzeuge, deutlich ausweiten. Die Möglichkeiten des öffentlichen Beschaffungswesens müssen besser ausgenutzt werden. In ökologisch sensiblen Gebieten sollen Treib- und Schmierstoffe auf pflanzlicher Basis eingesetzt werden.
- 7. Altbausanierung und Wärmedämmung aufstocken:** Die Mittel für die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung sollen von heute 360 Millionen € auf 720 Millionen verdoppelt werden.
- 8. Regeneratives Wärmegesetz:** Wir werden ein Gesetz zur Installation von Heiz- und Wärmeanlagen auf Basis Erneuerbarer Energien nach dem Vorbild des EEG einbringen. Kurzfristig wollen wir die Förderung für den Umstieg auf Heizungsanlagen auf regenerativer Basis im Rahmen des Marktanzreizprogramms Erneuerbare Energien verdoppeln.
- 9. Energiepass für Immobilien:** Wir wollen den bedarfsorientierten Energiepass für Häuser und Wohnungen schnellstmöglich einführen, damit Mieter und Vermieter über den Energiebedarf jeder Immobilie Bescheid wissen und entsprechend handeln können.
- 10. Gaspreise runter:** Die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis ist ungerecht und verteuert unabhängig vom Gaseinkaufspreis das Gas für die Endverbraucher. Die Gaspreisbindung ist nicht mehr zeitgemäß. Gegen Gasmonopole hilft nur Wettbewerb, die Wettbewerbsbedingungen auf dem Gasmarkt müssen deshalb jetzt durch die von uns geschaffene Bundesnetzagentur grundlegend verbessert werden.

Mit unseren Maßnahmen wird Deutschland unabhängiger vom Öl, die Verbraucher sparen Geld und die Wertschöpfung bleibt im Lande. **Nur mit Grün kommen wir weg vom Öl!**